

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 19. Februar 2026

Antrag
Unsere Stadt entkolonialisieren!

Die Vollversammlung des Migrationsbeirates hat am 01.12.2025 einstimmig ein Antragspaket unter dem Titel „Unsere Stadt entkolonialisieren“ gestellt*. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Verwaltung (v.a. die Abteilung Public History des Kulturreferats, aber auch die Fachstelle für Demokratie und das Sozialreferat, sowie das Referat für Bildung und Sport und das Pädagogische Institut) mit der Erarbeitung von konkreten Vorschlägen zu einer Schritt für Schritt-Umsetzung dieses Konzepts zu beauftragen. Dabei ist insbesondere die Einrichtung einer Anlauf- oder Ombudsstelle, der Aufbau von Räumen für die afro-diasporische Community und die partizipative Entkolonialisierung des öffentlichen Raumes durch Neubenennung von Straßennamen zu priorisieren.

Begründung

Alle deutschen Millionenstädte (Hamburg, Köln, Berlin) haben Initiativen zur „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ entwickelt. In München ist dazu bislang nichts passiert. Dabei berichten mindestens 95% der POC in München von alltäglichen Diskriminierungserfahrungen. Der ihnen entgegentretende Rassismus nimmt derzeit sogar wieder zu**, u.a. wegen einer bislang nicht durchgeführten systematischen Aufarbeitung der eigenen Kolonialgeschichte. Es ist gut und wichtig, dass hier derzeit vor allem historisch belastete Straßennamen auf dem Prüfstand sind und dass es vereinzelt Auseinandersetzungen von wenigen Museen mit Raubkunst gibt. Der Prozess der Aufarbeitung ist jedoch zu klein und zu langsam und er läuft intransparent und ohne die Einbindung der Betroffenen.

Vertreter*innen der afro-diasporischen Community haben den obengenannten Antrag ausgearbeitet, der weit mehr als ein Antrag ist. Es handelt sich um umfangreiche Handlungsempfehlungen und sehr diverse Ansatzpunkte. Die Stadtverwaltung sollte sich dieses Gesamtkonzept (!) zu eigen machen, das sowohl eine historische Auseinandersetzung bedeutet als auch konkrete Hilfsmaßnahmen und Projekte für Betroffene entwickelt. Die wenigen überwiegend ehrenamtlichen Stellen, die es gibt, sind massiv überlastet. Hier muss sowohl mit Personal als auch mit Bildungsmaßnahmen reagiert werden. Es ist zwar sinnvoll, dass inzwischen die Fachstelle für Demokratie beauftragt wurde, sich damit zu befassen, dies reicht jedoch nicht aus. Sie kann weder Ombudsstellen einrichten noch Community-räume zur Verfügung stellen. In anderen deutschen Großstädten gibt es bereits derartige Einrichtungen und nicht nur da, sondern auch in Bayreuth oder Nürnberg.

Der Stadtrat hat sich in der laufenden Legislatur mit großer Mehrheit für die Ächtung des N-Wortes in München ausgesprochen. Ein wichtiger Schritt, dabei darf es aber nicht bleiben. Es sollte eigentlich ein Startsignal, sozusagen ein Zündfunke für diese wichtige gesellschaftliche und politische

Auseinandersetzung sein. Hier muss unbedingt nachgelegt werden.

Das vorgelegte Konzept bietet sehr viele mögliche Ansatzpunkte, die auch die Bereiche Bildung, Soziales und v.a. Partizipation betreffen. Auch das Kulturreferat, das Bildungsreferat und das Sozialreferat müssen deswegen in diesen Prozess eingebunden werden, der nicht ohne die betroffenen Personen durchgeführt werden darf. Ein gemeinsam entwickeltes Maßnahmenpaket würde die interkulturelle Zusammenarbeit der Stadtgesellschaft nachhaltig stärken.

Thomas Lechner, Stadtrat

* https://migrationsbeirat.muenchen.de/beschluesse/pdf/2025/VV-20251201/B_100_23_26_Sammelantrag-Unsere-Stadt-Entkolonialisieren.pdf

** https://www.before-muenchen.de/wp-content/uploads/2025/05/Jahresbilanz_BEFORE_2024.pdf